
PRESSE-DIENST

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE IN HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN
BDI-LANDESVERTRETUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN

... Herbstpressekonferenz 2016 ... Herbstpressekonferenz 2016 ... Herbstpressekonferenz 2016 ...

– Sperrfrist: 04.11.2016, 11:15 Uhr –

Schleswig-Holsteinische Wirtschaft mit Arbeit der Landesregierung noch nicht zufrieden

Zustimmungswerte haben sich aber erneut leicht verbessert

UVNord-Präsident Wachholtz: Unternehmen warten weiterhin auf erste Anzeichen für eine mittelstandsfreundliche Politik!

Kiel. „Die Ergebnisse der Politikumfrage zeigen, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft mit der Arbeit der aktuellen SPD-Grüne-SSW-Koalition nicht zufrieden ist. Auch wenn sich gegenüber der letzten Umfrage aus dem Frühjahr 2016 die Zustimmungswerte zur Arbeit der Regierungskoalition verbessert haben (von 34 % auf 37 %), ist die Kritik nach wie vor stark ausgeprägt.

Als Hauptgründe für die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Koalition werden die Situation der Verkehrsinfrastruktur ohne erkennbare Verbesserungsbemühungen sowie die komplett fehlende mittelstandsfreundliche Politik im Land genannt. Darüber hinaus wird eine mangelnde Unterstützung für die Industrie beklagt. Positiv genannt wird das Engagement für den Flüchtlingspakt des Landes sowie für die Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“.

Von der am 7. Mai des nächsten Jahres gewählten Landesregierung erwarten die Unternehmen ein wachstumsorientierteres Verhalten und eine mittelstandsfreundlichere Politik, verbunden mit einem beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Des Weiteren erwarten die Unternehmen die Weiterführung des Engagements zur Integration von Flüchtlingen in den Ersten Arbeitsmarkt sowie die Fortsetzung der Arbeit der Fachkräfteinitiative. Erneut wurden eine Verwaltungs- und Strukturreform genauso eingefordert wie Bürokratieabbau und Deregulierung.“

1/2

Dieses Resümee aus der UVNord-Politikumfrage zog **UVNord-Präsident Uli Wachholtz** auf der Herbstpressekonferenz seiner Organisation.

Von der länderübergreifenden Zusammenarbeit versprechen sich die Unternehmen viel. 96 % der befragten Unternehmen erwarten von der zukünftigen Landesregierung, dass die derzeitige Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit Hamburg weiter vertieft wird. Die Unternehmen fordern, dass die in den letzten Jahren verstetigte Zusammenarbeit der beiden Bundesländer auch mit einer neuen Landesregierung intensiv fortgesetzt wird.

Die Erwartungen an die zukünftige Landesregierung und deren Ressorts sind groß:

„Insbesondere vom zukünftigen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie erwarten die schleswig-holsteinischen Arbeitgeber einen zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, eine bessere personelle Ausstattung des Landesbetriebs Straßenbau und Verkehr, damit baureife Infrastrukturmaßnahmen in Schleswig-Holstein zukünftig aus der „Schublade gezogen“ werden können, sowie mehr Engagement zur Fertigstellung und Weiterbau der A20 einschließlich der Elbquerung sowie ein zügiges Vorankommen beim Ersatzbau der Rader Hochbrücke. Eine verstärkte Förderung der Industrie und Wirtschaft wird gefordert, wie auch eine stärkere Positionierung Schleswig-Holsteins als überregionaler Wirtschaftsstandort. Daneben wird ein besserer Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe, eine Erhöhung der Investitionsquote des Landes sowie die Abschaffung bzw. die Novellierung des Tariftreue- und Vergabegesetzes mit der Abschaffung des Landesmindestlohnes gefordert“, so Wachholtz abschließend.

Die vollständigen Ergebnisse der Blitzumfrage können unter www.uvnord.de abgefordert werden.

UVNord ist der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der norddeutschen Wirtschaft. UVNord vertritt über seine 86 Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 42.300 Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein in denen heute rund 1,56 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden. UVNord ist zugleich die schleswig-holsteinische Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).

04.11.2016